

Keine Spielräume mehr in Wieslochs Etat

Gemeinderat verabschiedete das Zahlenwerk am Samstag – Grundsteuer B wurde doch noch erhöht – Grüne stimmten deswegen dagegen

Wiesloch. (oé) In rekordverdächtigem Tempo hat Wieslochs Gemeinderat am Samstag den Etat für das Jahr 2010 verabschiedet. Noch vor der Mittagspause des Gremiums war das knapp 300-seitige Zahlenwerk durchberaten. Der Haushalt hat ein Volumen von rund 50 Millionen Euro. Dabei fehlen der Stadt im kommenden Jahr unterm Strich knapp 6,8 Millionen Euro an liquiden Mitteln, um den laufenden Betrieb zu finanzieren. Dieser Betrag muss durch kurzfristige Kassenkredite gedeckt werden. Um ihre Investitionen zu finanzieren, nimmt die Stadt im kommenden Jahr zudem zwei Millionen Euro an Darlehen auf (darin enthalten ist auch eine erste Rate von 500 000 Euro für Parkhaus und Omnibus-Bahnhof am Bahnhof Wiesloch-Walldorf).

Die gravierendste Änderung gegenüber dem Haushaltsentwurf betrifft die Einnahmenseite: Zum einen sorgt die geplante Senkung der Kreisumlage im kommenden Jahr für eine Entlastung von rund 589 000 Euro, die im Stadtsäckel verbleiben. Zum anderen votierte der Gemeinderat am Samstag nun doch noch mehrheitlich für eine Erhöhung der Grundsteuer B (für bebaute Grundstücke) um 30 Punkte, was der Stadt zusätzliche Einnahmen von knapp 360 000 Euro bringt. Noch vor gut einer Woche hatte das Gremium eine solche Grundsteuer-Anhebung bei Stimmgleichheit abgelehnt. Damals ging es um die Gegenfinanzierung für die Neugestaltung der Kindergarten-Beiträge nach dem Württemberger Modell, das kinderreiche Familien entlastet (die RNZ berichtete).

Dass über die Grundsteuer nun im Rahmen der Haushaltsberatung binnen Wochenfrist erneut abgestimmt wurde, stieß auf den heftigen Protest der Ratsfraktion der Bündnisgrünen. Deren Fraktionsvorsitzender Dr. Gerhard Veits hatte schon in seiner Haushaltsrede deutlich gemacht, dass eine Erhöhung der Grundsteuer für seine Fraktion „das Fass zum Überlaufen“ bringe. Die Grünen lehnten den Haushalt denn auch geschlossen ab. Das Zahlenwerk wurde bei sieben Gegenstimmen und einer Enthaltung mit einer



Nichts mehr zu verteilen: Wieslochs Haushalt bietet keine Manövrierreserve mehr. Und so nimmt es nicht Wunder, dass die Haushaltsberatungen des Gemeinderats am Samstag so zügig wie schon lange nicht mehr verliefen. Alle Fotos: Pfeifer

Mehrheit von 23 Stimmen beschlossen. Veits sah in dem erneuten Beschluss zur Grundsteuer B einen Verstoß gegen die Regel des Fair-Play und „keine Art Umgangs“ miteinander. Nachdem es vor einer Woche keine Mehrheit für die Anhebung gegeben habe, führe nun „eine Zufallsmehrheit“ zu einem anderen Ergebnis. Veits spielte damit auf den Umstand an, dass zwei Stadträte der Grünen nicht an der Sitzung hatten teilnehmen können. Schon in seiner Haushaltsrede hatte es Veits „absolut inakzeptabel“ genannt, dass der Gemeinderat mehrmals mit derselben Angelegenheit befasst werde, „solange, bis das herauskommt, was der Verwaltung gefällt“.

OB Franz Schaidhammer hatte hingegen bekräftigt, dass die Grundsteuer Inhalt der Haushaltssatzung sei und dass deswegen darüber im Rahmen der Sitzung nochmals entschieden werden müsse. Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende

Klaus Deschner konnte nichts Anstößiges an dem nochmaligen Beschluss finden. Es sei immer Fakt gewesen, dass im Rahmen der Etat-Beratungen noch Änderungen möglich seien, sagte er. Allerdings hatte auch Dr. Fritz Zeier für die Freien Wähler die erneute Entscheidung bedauert, da die Frage bereits geklärt gewesen sei.

Mit den zusätzlichen Einnahmen aus der Grundsteuer kann die Stadt nun jene Einnahmeausfälle ausgleichen, die durch die neue Staffelung der Elternbeiträge für Kindergärten und Betreuungseinrichtungen entstehen (etwa 285 000 Euro). Der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Lars Castellucci hatte diese Verknüpfung nochmals ausdrücklich verteidigt und für „zulässig und notwendig“ erklärt. Für die „Daueraufgabe“ einer Sozialstaffelung der Kindergarten-Beiträge brauche man auch eine dauerhafte Finanzierung. Wenn nicht über die Grundsteuer,

so gehe dies „nur über eine zusätzliche Verschuldung“. Das aber komme „nicht in Frage“, so Castellucci.

Dass Wieslochs Haushalt keinerlei Spielraum mehr aufweist, zeigt sich daran, dass der Gemeinderat gerade mal einen Ausgabenposten veränderte: Er stellte 7000 Euro zusätzlich für eine Vernetzung von PCs in der Grundschule Schatthausen (samt Internetanschluss) bereit. Die Freie-Wähler-Stadträtin Anneliese Günther hatte sich dafür eingesetzt und mit ihrem Plädoyer die Mehrheit des Gemeinderats überzeugen können. Ansonsten blieb es bei einigen Aufträgen an die Verwaltung, die allerdings nicht kassenwirksam werden. So hatte die SPD unter anderem beantragt, im Rathaus eine zentrale Anlaufstelle für soziale Fragen einzurichten und einen Bericht über die Ernährungssituation an Kindergärten und Schulen zu erstellen. Beides sagte die Verwaltung zu.

Aus acht wurden drei Millionen

Wenig Geld für Investitionen – Grüne drängen bei Realschule

Wiesloch. (oé) Weit über acht Millionen Euro hatten die Fachbereiche des Rathauses für das Jahr 2010 an Investitionen angemeldet. Davon sind im ursprünglichen Etatentwurf nur rund 2,6 Millionen Euro übrig geblieben. Mit dem Mehrheitsbeschluss des Gemeinderats (gegen die Stimmen der Grünen), den Bahnhof Wiesloch-Walldorf weiter auszubauen und dort ein Parkhaus mit zentralem Busbahnhof zu errichten, hat sich die Investitionssumme im kommenden Jahr um eine erste Rate von 500 000 Euro für dieses Projekt erhöht. Sprich: die Summe der Neuinvestitionen liegt im kommenden Jahr nun bei rund 3,1 Millionen Euro, die komplett über Darlehen beziehungsweise Zuschüsse finanziert werden müssen.

Einigkeit bestand über alle Fraktionsgrenzen hinweg, dass der Investitionsschwerpunkt im kommenden und den folgenden Jahren im Bereich Kinder und Bildung liegen solle. So wird im Jahr 2010 eine erste Rate von 825 000 Euro für den Neubau der Grundschule Frauenweiler bereitgestellt, die in den kommenden Jahren zu einem integrierten Bildungshaus mit Krippe und Kindergarten weiterentwickelt werden soll. Weitere Investitionen sind 80 000 Euro für die Sandsteinsanierung an der Gerberschule und 169 000 Euro für neue Elektroinstallationen im Gymnasium.

Die Grünen machten indes deutlich, dass weitere dringliche Aufgaben warten, die ihrer Meinung nach keinen Aufschub dulden. So müsse die Sanierung der maroden Realschule in den kommenden beiden Jahren angegangen werden. Dies auf 2014 und danach zu verschieben, akzeptiere seine Fraktion nicht, erklärte Dr. Gerhard Veits. Die Grünen wollen noch 2010 eine Grundsatzdebatte führen, wie dieses Projekt angegangen werden soll und ob gegebenenfalls Wieslochs Schullandschaft neu geordnet werden müsse. Auch für die Platznot des Gymnasiums müsse eine Lösung her, wobei vor baulichen Maßnahmen die organisatorischen Möglichkeiten zu klären seien.

CDU sieht keinen Grund zu Fatalismus

(oé) Der CDU-Fraktionsvorsitzende Klaus Deschner sah trotz der Haushaltsdefizite Wieslochs in den zurückliegenden Jahren keinen Grund für eine „fatalistische Haltung“. Allerdings machte er auch deutlich, dass die CDU weder bei den Investitionen noch bei den Freiwilligenleistungen und erst recht nicht bei Personal- und Sachkosten der Verwaltung weitere Einsparpotenziale sieht. Deshalb setzen die Christdemokraten auf die Gestaltungsmöglichkeiten auf der Einnahmeseite. Dabei machte Deschner keinen Hehl daraus, dass seine Fraktion in der Frage der Grundsteuer-Erhöhung gespalten ist. Einig ist man hingegen in der Überzeugung, dass Wiesloch seine Einnahmen durch neue Gewerbesiedlungen und zusätzliche Einwohner erhöhen kann. „Wir brauchen mehr Gewerbesiedlung und wir brauchen mehr Wieslocher“, forderte Deschner und sah darin geradezu „ein Muss“. Den Bau von Busbahnhof und Parkhaus am Bahnhof Wiesloch-Walldorf wertete Deschner deshalb als Voraussetzung für eine erfolgreiche Vermarktung der dortigen Gewerbeflächen. Und die „Äußere Helde“ bietet für die CDU die Chance auf neue Einwohner. „Bedarf und Nachfrage in der Äußeren Helde sind vorhanden“, so Deschner. Und der 18. Dezember (wenn die Enteignungs-Klage verhandelt wird) werde zeigen, „dass das Verhalten von OB, Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit rechtmäßig war und ist“.



Grüne formulieren ihr Unbehagen

(oé) 2010 werde zwar „kein Jahr der finanziellen Katastrophen“, stellte der Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Gerhard Veits fest, doch ist es für die Grünen ein Muster für das, was Wiesloch in den folgenden Jahren erwarte: Die Weinstadt werde aus eigener Kraft ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen können. Umso bedenklicher ist aus Sicht der Grünen das Instrument, unbegrenzt Kassenkredite aufzunehmen, um Deckungslücken zu schließen. Veits sah darin die „Pervertierung eines Finanzmittels“, das eigentlich nur kurzfristige Lücken schließen solle. So aber überziehe die Stadt einfach ihr Konto. Das gehe nicht ewig gut und sei auch keine verlässliche und transparente Haushaltspolitik. Veits machte weder einen Hehl aus seinem Unbehagen, dass Wiesloch Kredite bei der Nachbarstadt Walldorf aufnimmt, noch wollte er in die „übliche Larmoyanz“ einstimmen, dass Wiesloch nichts für seine Finanzsituation könne. „Wer drei Millionen für ein Parkhaus übrig hat, bestimmt ganz maßgeblich, wie wir dastehen. Und wer das Hochrisikoprojekt Äußere Helde weitertreibt und einen Totalschaden riskiert, der ist hochgradig verantwortlich“, so Veits. Er warnte auch vor „der Milchmädchenrechnung“, dass mehr Einwohner automatisch mehr Einnahmen bedeuteten. Denn die Einkommenssteuer folge der Einkommenssituation der Menschen, und die sei „momentan von Kurzarbeit und Entlassungen“ geprägt.



SPD tritt auf die Ausgabenbremse

(oé) In der gegenwärtigen Situation sind aus Sicht der SPD drei Dinge wichtig, wie der Fraktionsvorsitzende Dr. Lars Castellucci unterstrich: Es gelte „die Realitäten anzuerkennen“ – auch seitens der Bürger; dann müsse man nach vorne schauen und auch in schwierigen Zeiten investieren, wenn auch auf niedrigem Niveau. Und schließlich brauche es nicht nur eine Schulden-, sondern vor allem eine Ausgabenbremse. „Unser Problem sind weniger die schlechten Zeiten, sondern vielmehr die guten“, erklärte Castellucci. „Weniger, dass wir heute Schulden aufnehmen, sondern dass wir sie nicht zurückzahlen, wenn es wieder besser geht“. Aus diesem Grund gelte es auch, Prioritäten zu setzen. Vorrang haben für die Sozialdemokraten die Themen Bildung, die Bereiche Soziales und Familien sowie die Weiterentwicklung des „Metropol-parks Wiesloch-Walldorf“, wie die SPD den Bahnhofs-Zweckverband umbenennen will. Dies auch, um bewusst zu machen, dass Baumaßnahmen wie Parkhaus und Busbahnhof nur „Mittel zum Zweck“ seien: nämlich die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven dieses Gebiets zu fördern. „Wir unterstützen Familien, investieren in die Köpfe und Herzen der Kinder und arbeiten an der wirtschaftlichen Entwicklung im gemeinsamen Mittelzentrum, denn hier geht es um die Arbeitsplätze und auch Steuereinnahmen von morgen“, umriss Castellucci die Position der Sozialdemokraten.



Freie Wähler sind für Umbau statt Ausbau

(oé) „Wir leben zurzeit nicht von der Hand in den Mund, nein, wir leben von der Bank in den Mund“, so umschrieb Dr. Fritz Zeier, der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, die Lage der Stadt. Kommunale Aufgaben wie Investitionen und Zuschüsse, aber auch Gehaltszahlungen würden größtenteils über Darlehen und Kassenkredite finanziert. Der Finanzausgleich solle zwar wieder für eine Entspannung, doch sei das Auf und Ab der Gemeindefinanzen „ein Hindernis für eine kontinuierliche Stadtentwicklung“, so Zeier. Er stimmte deshalb mit der Analyse der IHK Rhein-Neckar überein, die die stark schwankende Gewerbesteuer als Systemfehler betrachtet und für deren Abschaffung plädiert. Ersatz böte ein kommunales Zuschlagsrecht auf Einkommens- und Körperschaftsteuer – aus Zeiers Sicht ein durchaus überlegenswerter Vorschlag. Um die städtischen Einnahmen zu verbessern, sieht auch Dr. Zeier nur die Möglichkeit, neues Gewerbe anzusiedeln und die Einwohnerzahl zu steigern. Hier habe die Stadt mit dem Ausbau des Bahnhofs und mit der Entscheidung zur Fortsetzung der Äußeren Helde die Weichen richtig gestellt. Einsparpotenziale sehen die Freien Wähler weder bei den Investitionen, noch wollen sie „an der Personalschraube drehen“ oder „an den freiwilligen Leistungen rütteln“. Für sie muss das Motto künftig lauten: „Umbau statt Ausbau“, um die hervorragende Infrastruktur zu erhalten.



Für FDP/WGF geht „Privat vor Staat“

(oé) Aus der Warte von Dr. Jörg Richter, dem Sprecher der Fraktion FDP/WGF, befindet sich Wiesloch in einer Situation, in der es sich „Tabus nicht mehr leisten kann“. Der Stadt drohe ein „Zustand der Handlungsfähigkeit“, es handle sich nicht lediglich um ein Liquiditätsproblem, wie Richter an einer ganzen Reihe von Beispielen verdeutlichte: etwa am jährlichen Defizit für das Freibad in Höhe von 550 000 Euro oder am Verlustausgleich für das Palatin, der sich in den letzten acht Jahren auf zirka zehn Millionen Euro belaufen habe. Angesichts dieser Situation darf man sich nach Richters Meinung nicht allein auf das Prinzip Hoffnung verlassen, sondern brauche Mut und die Bereitschaft zur Veränderung. Vor allem müssten eine Reihe von Tugenden wieder stärker beachtet werden: etwa dass „Privat vor Staat“ und „Erwirtschaften vor Verteilen“ gehe; mit öffentlichen Mitteln müsse wieder „sparsamst“ umgegangen werden; und Solidarität bedeute „Hilfe zur Selbsthilfe“. Konkret schlug Richter vor, Einrichtungen und Leistungen auf eine Privatisierung hin zu prüfen und durch Öffentlich-Private-Partnerschaften die Verwaltung zu entlasten. Eine andere Möglichkeit sieht Richter in der „Bündelung öffentlicher Leistungen mit den Umlandgemeinden“, etwa durch eine Zusammenlegung des Bauhofs und der Stadtwerke mit Walldorf. Auch die Erhöhung von Grundsteuer, Eintrittsgeldern und Gebühren dürfe kein Tabu sein.



Wiesloch. (oé) Die großen und kleinen Fußballer der Weinstadt dürfen sich freuen. In seiner Sitzung am Samstag hat der Gemeinderat der Weinstadt die ersten Aufträge für die Umwandlung des Dämmelwald-Hartplatzes in einen Kunstrasenplatz vergeben. Damit geht ein lang gehegter Wunsch der Fußballvereine in Erfüllung, die sich von dem Umbau bessere Trainingsbedingungen vor allem für Kinder und Jugendliche versprechen. Die Maßnahme ist mit 755 000 Euro (inklusive Erneuerung der Flutlichtanlage) noch im alten Etat des Jahr 2009 finanziert. Laut Meinrad Singler von der Stadt sollen die Bauarbeiten nach den Osterfe-

Hartplatz hat bald ausgedient

Rat vergab Aufträge für den neuen Kunstrasen am Dämmelwald

rien 2010 beginnen und bis Mitte September desselben Jahres abgeschlossen sein. Richard Ziehensack (SPD) hatte Näheres zu den versprochenen Eigenleistungen der Vereine wissen wollen. Singler zufolge beschränken sich die Eigenleistungen auf die Abrucharbeiten und sollen an einem Wochenende vor Beginn der eigentlichen Bauarbeiten erfolgen. Dies sei bei ordentlicher Organisation auch mach-

bar, versicherte Singler, und besser, als wenn sich die Arbeiten über mehrere Wochen hinzögen.

Sowohl in seiner Haushaltsrede als auch vor der Abstimmung hatte Dr. Jörg Richter von der Fraktion FDP/WGF die Frage aufgeworfen, ob angesichts der wirtschaftlichen Situation der Stadt der neue Kunstrasenplatz „absolut notwendig“ sei, und den Stopp der Maßnahme

beantragt. OB Franz Schaidhammer erinnerte jedoch daran, dass Baubeschluss und Ausschreibung längst erfolgt seien und es jetzt nur noch um die Auftragsvergabe gehe. Diese wurde schließlich bei drei Nein-Stimmen und einer Enthaltung vom Gemeinderat beschlossen.

Die Stadt verbindet ihren Beschluss übrigens mit einem Appell an die Fußballer und ihre Fans, sich auch außerhalb des Rasens für Fair-Play einzusetzen. SPD-Stadtrat Klaus Rothenhöfer hatte auf einen solchen Appell gedrängt und darauf hingewiesen, dass es auch in Wiesloch am Rande eines Fußballspiels schon zu unschönen Szenen gekommen sei.

DER ETAT IN ZAHLEN

Ergebnishaushalt: Einnahmen von 47,4 Millionen Euro stehen Ausgaben von 49,4 Millionen gegenüber.
Finanzaushalt: Laufenden Einzahlungen von 41,8 stehen Auszahlungen von 50,2 Millionen Euro gegenüber.
Gewerbesteuer: 8,5 Millionen Euro. (2009: 4 Millionen Euro)
Schulden Kernhaushalt: 29,7 Millionen Euro (Ende 2010).
Gesamtschulden der Stadt: 87,3 Millionen Euro (Ende 2010).